

Musik



Die Goldenen Zitronen feiern ihren Achtzehnten – und wir feiern mit, nämlich mit einer Rezi der neuen Best of Aussage gegen Aussage auf

Seite 3

Buch



Eine großangelegte Untersuchung über aktuelle Rechtstendenzen in der deutschen Jugend, kritisch rezensiert auf

Seite 4

Hochschule



Ab dem 27. Januar wird an der RUB wieder um die Gunst der WählerInnenschaft gebuhlt. Wer gegen wen antritt, erklären wir auf

Seite 2



<http://www.bo-alternativ.de>



900 Menschen gegen nazistische Aufmärsche „Wir sind da!“

Nachdem in den letzten Wochen zweimal neonazistische Aufmärsche in Bochum stattgefunden hatten und AntifaschistInnen, die gegen diese demonstrieren wollten, von der Polizei bedrängt worden waren, setzten am vergangenen Samstag etwa 900 Menschen unter dem Motto „Wir sind da!“ ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus.

Um die faschistischen Aufmärsche vom 28. Dezember 2002 und 2. Januar 2003 sowie die florierende Bochumer Naziszene zu thematisieren, hatte das Bochumer Friedensplenum zusammen mit einer bunten Menge an Gruppen und Einzelpersonen zu der Demonstration aufgerufen. Waren es bei den letzten beiden Demonstrationen vor allem aktive AntifaschistInnen gewesen, die gegen die Nazis auf die Straße gingen, so fand sich dieses Mal in Form von KirchenvertreterInnen, attac-AktivistInnen

und Mitgliedern von Grünen, PDS und SPD auch die so genannte Zivilgesellschaft ein, um klarzustellen, dass sie nazistische Aufmärsche nicht hinnehmen wollen. Dies musste allerdings nicht direkt unter Beweis gestellt werden, denn ein weiterer Aufmarsch der extremen Rechten, welcher kurzzeitig ebenfalls für den 18. Januar angekündigt gewesen war, fand nicht statt.

„Wir lassen uns provozieren“

Während der Auftaktkundgebung vor dem Hauptbahnhof wiesen RednerInnen des Bochumer Antifaplenums, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA), von Friedensplenum und Medizinischer Flüchtlingshilfe sowie attac eindringlich darauf hin, wie wichtig es ist, gegen faschistische Aufmärsche aktiv zu werden. Zu Recht forderte der Superintendent der evangelischen Kirche, Fred Sobich, man solle Beschäftigungen nicht folgen, die verlangen, sich von marschierenden Neonazis nicht provozieren lassen. „Wir lassen uns provozieren!“, erklärte er in seiner Rede. Es müsse für die Bochumer BürgerInnen eine Selbstverständlichkeit sein, an

antifaschistischen Aktionen teilzunehmen, nicht die Ausnahme. Entscheidend sei nicht, ob die Neonazis nun kämen oder nicht, entscheidend sei, selbst gegen sie aktiv zu werden.

Die Demonstration zog nach Beendigung der Kundgebung lautstark durch die gesamte Innenstadt und wieder zurück zum Hauptbahnhof. Obwohl es im Vorfeld Morddrohungen gegen einen der Veranstalter gegeben hatte, kam es zu keinerlei Zwischenfällen. War es bei den Protesten gegen die beiden Aufmärsche der Nazis noch zu Gewaltanwendung von Seiten der Polizei gegen antifaschistische DemonstrantInnen gekommen, so hielten sich die BeamtInnen diesmal, wo sich auch Gruppen aus dem bürgerlichen Spektrum beteiligten und es keinen Neonaziaufmarsch zu gewährleisten gab, zurück. Dabei denkt

Im Zusammenhang mit Berichterstattung und Diskussion über Aufmärsche oder auch Konzerte der extremen Rechten findet sich oft eine Argumentation, die an jene erinnert, die auch bei faschistischen Gewalttaten herhalten muss. Ist im Fall rechter Gewalttaten – wenn ein neonazistischer Hintergrund sich nicht leugnen lässt – zumeist eher von irren EinzeltäterInnen denn organisierten Nazis die Rede, so ist bei Aufmärschen in der Regel zu vernehmen, die DemonstrationsteilnehmerInnen seien aus anderen Städten, womöglich sogar Bundesländern, angereist. Auch gibt es dieser Theorie zufolge kaum aktive Kader. War etwa der Hamburger Christian Worch anwesend, so ist der Fall für die meisten sowieso klar, dass dieser mit „seiner Bande“ nun auch einmal die eigene Stadt „besucht“ habe. Die Absicht ist dabei nur allzu offensichtlich: Die Existenz einer lokalen Neonaziszene kann getrost gelehnt bzw. ignoriert, eine Auseinandersetzung mit dieser bzw. den gesellschaftlichen Ursachen negiert werden.

NPDler geoutet

Um einerseits ebendiese weitverbreitete Tugend zu entlarven und zu zeigen, dass es auch in Bochum sehr wohl neonazistische Funktionäre gibt, und um andererseits die Faschisten aus ihrer Anonymität herauszuholen, zogen im Anschluss an die Demonstration 80 AntifaschistInnen zur Wohnung des Bochumer NPD-Kaders Carsten Römhild und informierten die AnwohnerInnen über die Aktivitäten ihres Nachbarn. Römhild ist regelmäßig bei Neonaziaufmärschen in der Region zu finden, so war er auch beim letzten Aufmarsch in Bochum in Gesellschaft einer Gruppe jugendlicher Neonazis anzutreffen.

Insgesamt lässt sich durchaus von einer erfolgreichen Aktion sprechen, und es bleibt nur zu hoffen, dass sich im Falle eines zukünftigen Naziaufmarschs all jene, die am Samstag auf der Straße waren, wieder dort einfinden und womöglich auch noch ein oder zwei FreundInnen mitbringen werden.

Carsten Draeger

Landesregierung legt neuen Gesetzesentwurf vor Butter bei die Studiengebühren

Mittwoch soll es soweit sein: Das Gesetz zu Studienkonten und -finanzierung wird vermutlich in der Landtagssitzung am Mittwoch verabschiedet. Wenn auf die zweite Lesung keine weiteren Änderungsanträge folgen, soll die dritte Lesung direkt im Anschluss stattfinden und das Zahlen ist beschlossene Sache. Das Landes-Asten-Treffen, dem auch der AStA der Ruhr-Uni angehört, hat zu Protesten vor dem Landtag aufgerufen. Es sieht so aus, als ob dies auch die letzte Chance sei ...

Endlich werden die Absichten der Landesregierung konkret: Für die Einführung von Studiengebühren in Form von Studienkonten wurde am 9. Januar ein detaillierter neuer Entwurf vorgelegt.

Ab 2007 gibt's das kleinere Häufchen Scheiße

Dem Entwurf zufolge sollen Studienkonten mit einer festen Regelabbuchung zum Sommersemester 2004 eingerichtet werden, die nach drei Jahren durch ein Kontenmodell mit individueller Abbuchung ersetzt werden sollen. Das Modell für 2004 bis 2007 sieht ein „Guthaben“ von 200 Semesterwochenstunden (SWS)

vor, das sich jedes Semester um einen festen Wert verringert. Innerhalb der 1,5-fachen Regelstudienzeit (in der Regel 14 oder 15 Semester) muss das Guthaben verbraucht werden; danach und für Studierende über 60 Jahre werden Gebühren fällig. Die Regelabbuchung betrifft dabei alle Studierenden und soll rückwirkend erfolgen.

Die geplanten Studienkonten gelten bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, wobei Bachelor-/Master-Studiengänge zumindest derzeit noch als ein Studiengang begriffen werden. Ein Fachwechsel wäre nur noch in den ersten zwei Semestern schadlos möglich, dann kann noch mit einem neuen Konto begonnen werden (oder man/frau wechselt in ein anderes Bundesland). Bei einem späteren Fachwechsel ginge ein Teil des Guthabens verloren. Ausgenommen von den Studiengebühren sind Bafög-EmpfängerInnen (zumindest solange sie Bafög erhalten), beurlaubte und promovierende Studierende sowie Studis im praktischen Jahr oder in einem integrierten Pflichtpraktikum.

Die Zeit, in der das Konto verbraucht werden darf, kann sich unter bestimmten Bedingungen durch so genannte „Bonusguthaben“ verlängern. So soll es für Kindererziehung bis zu vier Semestern und für VertreterInnen in Unigremien oder der Studierendenschaft oder als Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte bis zu drei Semestern geben.

Wieviel die Semesterwochenstunde danach kosten wird, ist in dem Entwurf derzeit noch nicht geregelt. Es bleibt aber zu vermuten, dass es nicht bei den angekündigten 25 Euro bleiben wird. Die Verordnung, die dies regeln soll, steht noch aus.

Ab 2007 individualisiertes Kontenmodell

Zum Sommersemester 2007 soll dieses harte Kontenmodell durch ein Studienkonto mit individualisierter Abbuchung ersetzt werden, auf dem die 1,25fache Menge der für das Studium benötigten SWS über die zweifache Regelstudienzeit zur Verfügung stehen sollen. Wie genau diese Abbuchung gestaltet werden soll, ist derzeit noch unklar und soll durch eine Verordnung geregelt werden. Ob die Chipkarte, die Schranke vorm Hörsaal oder die Anwesenheitslisten maßgeblich sein werden, bleibt also noch abzuwarten.

Anzeige

Fortsetzung auf Seite 2

Ein Ring, sie alle zu knechten

Die Opposition selber machen – das ist wohl der Traum jeder Regierung. Vorne herum Dissens heucheln und hintenrum Fakten schaffen. Zu diesem Zweck halten sich die Parteien Studiableger, die sich darum bemühen, in die studentischen Vertretungsorgane gewählt zu werden und damit effektive Kritik am Handeln der Parteien zu verunmöglichen. Das Paradebeispiel eines solchen Parteien-U-Boots ist der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS).

In Zeiten, in denen alle in den Parlamenten vertretenen Parteien den Studis mittels Gebühren in die Tasche greifen wollen, kann die bsz solcherlei Umtriebe natürlich nicht unkommentiert lassen – unter strikter Wahrung der parteipolitischen Neutralität: Sie wollen alle Gebühren – sie sind alle abzulehnen.

Ist schon okay

Insbesondere während des Streiks im Sommersemester hat die bsz diese Auffassung durch vehemente Kritik an der rot-grünen Landesregierung umgesetzt, wobei das gesamte Spektrum von sachlicher Kritik bis hin zur wüsten Pöbele („Zur Hölle mit rot-grün“) ausgeschöpft wurde. Okay, das mit der Pöbele mag gelegentlich recht weit gegangen sein, aber hey, die Sozis werden zahlreichen Studis finanziell das Genick brechen. Und das verdient eine Reaktion und nicht bloß ein paar skeptische Anmerkungen.

Die Parteijugend sieht das natürlich anders: In diesem Fall sind es die Jung-Sozis, die sich beschweren. Nicht etwa über die Gebührenpläne der Mutterpartei, mit denen hat man sich bei den „RUB-Rosen“ bereits angefreundet: „Das neue Studienkonten-Modell der Landesregierung birgt Chancen, aber auch große Risiken“, heißt es auf ihrer Homepage.

Wer die Landesregierung so lieb hat, muss die bsz natürlich hassen. Wenn die Sozis uns mögen würden, hätten wir uns nach unseren Fehlern zu fragen.

Fachschaften an den Herd

Es wäre allerdings verkürzt, den RUB-Rosen-Sozis zu unterstellen, sie seien lediglich neoliberale Schoßhündchen der Landesregierung. Nein, dort werden Traditionen der Arbeiterbewegung noch gepflegt. Etwa die Tradition parteitruer Zensur und gelegentlicher Säuberungsaktionen: „Die BSZ muss von einseitigem politischen Einfluss frei gemacht werden“, lautet die nur wenig verhohlene Zensurforderung auf der RUB-Rosen-Homepage.

Frei gemacht wohl auch vom Einfluss der von den Fachschaften gewählten FSVK-Redakteure. Aber Fachschaften sind ja eh nur diejenigen „die direkt vor Ort Serviceleistungen für Euch erbringen“ und nicht etwa vollwertige politische Vertretungen der StudentInnen eines Faches. Nachzulesen auf der besagten Homepage.

Und schuld daran ist das GATS

Wie Fox Mulder von attac Washington erklärte, ist das GATS schuld an der Einführung des Dosenpfandes in Deutschland: „Ist doch klar, in anderen Ländern kauft man soll selber ein, sondern bestellt. Dieser Markt soll für anglo-amerikanische Lieferkonzerne geöffnet werden“, so Mulder gegenüber der bochumer studentInnenzeitung. Für Rückfragen stand er nicht zur Verfügung, sein Auto stand „irgendwo da draußen“ im Halteverbot. attac plant Gerüchten zufolge eine Kampagne unter einer Parole, der zufolge das Tragen schwerer Einkaufstaschen keine Ware werden dürfte. Oder so.

Kein Frieden mit solchen Attacis

Wolfgang Schmitt, Sprecher der attac-Regionalgruppe Trier kennt sich aus mit Krieg und Frieden. Und auch mit Antifaschismus. Und mit „den Juden“ und ihren Verbrechen am palästinensischen Volk. Wörtliches Zitat aus einer schriftlichen Stellungnahme des Herren: „Aus diesem Grunde bin ich und viele Kriegsgegner dagegen, dass der Deutsche Staat auch noch Geld an die Deutschen Juden vergibt, wie jetzt erst kürzlich 3 Millionen, dass dann auf Umwegen nach Israel geschafft wird. Wir könnten das Geld besser für die Jugendarbeit nutzen, und damit einige Jugendliche aus dem Umfeld der Glatzköpfe heraushalten.“

Als Erich Kästner undeutsch war Dort, wo man Bücher verbrennt ...

Am 10. Mai 1933 wurden in fast allen deutschen Universitätsstädten Bücher verbrannt – Bücher, die den Zielen der nationalsozialistischen „Bewegung“ widersprachen. Vorausgegangen war den Bücherverbrennungen eine mehrmonatige „Säuberung“ öffentlicher wie universitärer Bibliotheken und Buchhandlungen von „undeutschen Schriften“, die der damalige Dachverband der StudentInnenenschaften „Deutsche Studentenschaft“ (DSt) mit Unterstützung von Goebbels' „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ initiierte. Schwarze Listen mit etwa 200 „undeutschen“ AutorInnen wurden von der DSt an die StudentInnenenschaften der Hochschulen verteilt.

In diesem Jahr jährt sich das als Fanal des nationalsozialistischen Terrors geltende Ereignis zum 70. Mal. Für den fzs als heutige bundesweite studentische Interessenvertretung ein wichtiger Anlass, auf die Bücherverbrennung und ihre Folgen mit einer Kampagne aufmerksam zu machen.

In düsterer Atmosphäre gingen vor einer Menge von Schaulustigen die zuvor eingesammelten Werke in Flammen auf, wobei „Feuersprüche“ rezitiert wurden. Bereits einen Monat zuvor hatte die DSt mit einem Aufruf „wider den undeutschen Geist“ den Startschuss für die Übergriffe gegeben: Die StudentInnen sollten den „jüdischen Intellektualismus überwinden“, die Hochschulen in „Horte deutschen Volkstums“ umgewandelt werden.

Studentisches Brauchtum: Bücher verbrennen

Die vielbeachtete Aktion, bei der Bücher von LiteratInnen und WissenschaftlerInnen wie Bertolt Brecht, Alfred Döblin, Albert Einstein, Sigmund Freud, Magnus Hirschfeld, Ricarda Huch, Erich Kästner (Ausnahme: *Emil und die Detektive*), Heinrich Mann, Karl Marx, Arthur Schnitzler, Kurt Tucholsky, Stefan Zweig und vielen anderen den Flammen übergeben wurden, war nicht die erste Verbrennung von „undeutschem Schriftgut“ in der deutschen Geschichte: Beim burschenschaft-

lichen Wartburgfest 1817, von Konservativen als Geburtsstunde der deutschen „Nation“ gefeiert, wurden nicht nur Symbole für die französische „Fremdherrschaft“, sondern auch das erste bürgerliche Gesetzbuch, Napoleons Code Civil sowie kritische Schriften gegen Deutschtümelei (etwa *Germanomanie* des jüdischen Autors Saul Ascher) vernichtet. Durch die Reproduktion dieses Rituals läuteten die Nazis nicht nur in radikal-antizivilisatorischer Manier die inhaltlichen und personellen „Säuberungen“ an deutschen Universitäten ein, sondern suchten über die Beteiligung der Korporationen den Anschluss an traditionelle deutsche Gründungslegenden, um sich als Bewahrer deutscher Kultur, deutschen Volkstums und Nation zu profilieren. Der Nationalsozialismus wollte so als legitime Weiterführung an die bürgerlich-liberale, aber eben auch deutschtümelnde nationale deutsche Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts anknüpfen. Die Verwandtschaft beider Bewegungen ist kaum verwunderlich, bemerkte doch bereits Heinrich Heine unter dem Eindruck des Wartburgfestes 1820: „Das war ein Vorspiel nur. Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“

Maßgeblich beteiligt an Konzeption und Durchführung der Aktion waren neben der DSt der

Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) sowie naheliegenderweise Korporationen, deren Mitglieder zumeist „in vollem Wicks“ die Bücherverbrennungen zelebrierten.

Den NS-Studentenbund gibt es nicht mehr. Warum gibt es noch Verbindungen?

Während die bald im NSDStB aufgehende DSt damit endgültig von der Bildfläche verschwand, wurden die später ebenfalls gleichgeschalteten Korporationen nach dem Zweiten Weltkrieg zum größten Teil von den intakten und einflussreichen Altherrenschaften wiedergegründet. Von vielen Verbindungen existieren keine oder beschönigte Aufarbeitungen ihrer NS-Vergangenheit. Gerne stellen Korporierte heute ihre Bünde als Opfer des Nationalsozialismus dar. Die Auflösung bzw. Gleichschaltung des Korporationswesens hatte allerdings keineswegs inhaltlich-ideologische, sondern machtpolitisch-organisatorische Gründe: Die Korporationen wollten die Erziehung der Studenten im Sinne der „Bewegung“ unter Wahrung ihrer einflussreichen Rolle selbst übernehmen und die Universitäten aus Angst vor Macht- und Bedeutungsverlust nicht dem NSDStB überlassen.

Informationen über das Korporationswesen früher und heute finden sich verlinkt unter <http://www.fzs-online.org>. Eine (unvollständige) Auflistung der von den Bücherverbrennungen betroffenen AutorInnen und eine Übersicht über die Städte, in denen 1933 Bücher verbrannt wurden, findet sich unter <http://www.buecherverbrennung.de>.



Fortsetzung von Seite 1

Butter ...

Zu bilanzieren bleibt: Es wird schlimmer, und zwar von Mal zu Mal. Letzten Endes werden durch den nun vorliegenden Entwurf noch mehr Studierende betroffen sein – vielleicht ein Ergebnis der gescheiterten Wiedereinführung der Vermögenssteuer? Damit einher geht sicherlich auch die erneute Erhöhung der Sozialbeiträge. Das Akafo hat bereits jetzt die Beiträge erhöht, um den Studiengeldern und den dadurch erwarteten rückläufigen Studierendenzahlen vorzubeugen. Als klar war, dass doch so schnell keine Gebühren erhoben werden, ist die Erhöhung zwar auf Druck der Studierenden zumindest zum Teil zurück genommen worden, das heißt aber nicht, dass eine weitere Erhöhung nicht ins Haus stehen wird, sobald das Gesetz verabschiedet wird. Ebenfalls zu rechnen ist in diesem Zusammenhang mit der Erhöhung der Cafeten- und Mensapreise sowie einem Mietanstieg.

Vorerst jedoch soll das harte Kontenmodell eingeführt werden, das wenig Rücksicht nimmt auf die persönlichen Studienumstände, Fachwechsel und Auslandsaufenthalte oder die Einkommenssituation. Die rund 70% der Studierenden, die auf Nebenjobs angewiesen sind, und Bafo-EmpfängerInnen, die nicht mehr gefördert werden, trifft dies besonders schwer. Durch die Regelabbuchung ist das Konto mit der 1,5-fachen Regelstudienzeit so eng bemessen, dass knapp die Hälfte der Studierenden befürchten muss, für die letzten ein oder zwei Semester Gebühren zu bezahlen.

Verena Witte/Thilo Machotta
(ASTA-ReferentInnen für Hochschulpolitik bzw. Öffentlichkeitsarbeit)

SP-Wahlen vom 27. bis 31.1. 402 für 10 Prozent aus 35.000

Nächsten Sonntag ist Wahltag – diese Aussage entspricht nicht der Wahrheit. Ab kommenden Montag haben jedoch alle an der RUB immatrikulierten StudentInnen eine Woche lang die Gelegenheit, die ParlamentarierInnen für das Studierendenparlament (SP) zu wählen.

Auf etwa eintausend StudentInnen kommt ein/e ParlamentarierIn, so dass zur Zeit bei rund 35.000 an der Ruhr-Universität eingeschriebenen StudentInnen insgesamt 35 Abgeordnete im Bochumer Studierendenparlament sitzen. Von diesen wird der Allgemeine Studierenden-ausschuss (ASTA) gewählt, welcher dann für ein Jahr in verschiedenen Arbeitsbereichen, so genannten Referaten, für die Interessen der StudentInnen tätig ist. Leider ist die Wahlbeteiligung der jährlich stattfindenden Wahlen in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen, so dass zuletzt weniger als zehn Prozent den Weg zur Urne fanden und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Gegen die Orientierungslosigkeit geben wir einen kleinen Überblick zu den anstehenden SP-Wahlen.

Die Wahlurnen sind eigentlich kaum zu verfehlen, sie stehen in den Eingangsbereichen und

Cafeten der einzelnen Gebäude. Schwieriger gestaltet sich das die Entscheidung, welcher Person welcher Liste man seine Stimme geben möchte. In diesem Jahr treten sechs verschiedene Listen mit insgesamt 402 KandidatInnen zur Wahl an. Diese verteilen sich auf die „Linke Liste“ mit 169, die „alternative liste (al)“ mit 80, die neugegründete Liste „Y.E.S. – Young Engaged Students“ mit 51, den CDU-Hochschulabgeordneten „Ring Christlich-Demokratischer StudentInnen (RCDS)“ mit 32, die SPDlerInnen von der JuSo-Hochschulgruppe, die dieses Jahr mit 63 KandidatInnen als „RUB-Rosen – JuSos und friends“ antreten und schließlich die F.D.P.-nahe „Liberaler Hochschulgruppe (LHG)“ mit lediglich sieben KandidatInnen. Das letzte Jahr noch kandidierende „Fachschaftsinitiative“ (F-S-I) hat sich aufgelöst und tritt nicht mehr an.

Damit vertritt nur noch „Y.E.S.“ das Spektrum unpolitisch auftretender Listen. Solche dominierten in den 1990er Jahren bundesweit an vielen Orten die Arbeit in Studierendenparlamenten und Asten – in Bochum hat es die F-S-I nie recht geschafft, sich zu einer konstanten Gruppe zusammenzuschließen, so dass ihre jetzige Selbstauflösung wenig überrascht. Allerdings war die Fachschaftsinitiative seit einigen Jahren im ASTA vertreten, im laufenden Jahr in einer Koalition mit der alternativen liste und der Linken Liste. Letztere ist im dritten Jahr in Folge stärkste die Koalition tragende Liste. Jusos, LHG und RCDS hingegen hoffen auf einen erstmaligen Einzug in den ASTA – es sei denn, man schaut in der Unichronik sehr lange zurück. In den 1970er Jahren nämlich waren alle drei bzw. ihre Vorläufer schon einmal dort vertreten.



Sind die Goldenen Zitronen erwachsen geworden?

Von der Dialektik der musikalischen Moderne

So genannten Best-of-Platten hängt immer der Geruch nach Abgeschmacktheit an. Meist wollen alternde Sterne und Starchen sich selbst abfeiern und auf ihre alten Tage noch einmal unaufgeregt ein paar Euro dazuerzielen. Ein sicherlich legitimes Mittel, mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel für den eigenen Geldbeutel zu tun, besonders bei der derzeitigen Unsicherheit der Rente. Bei der im letzten Jahr erschienenen Compilation Aussage gegen Aussage der Hamburger Musikgruppe Die goldenen Zitronen verhält es sich sicherlich nicht anders. Während bei anderen KünstlerInnen allerdings solch eine Greatest-Hits-Zusammenstellung meist postum oder zumindest kurz vor dem Tod veröffentlicht wird, sollten alle musikbegeisterten Menschen hoffen, dass die Zitronen noch ein wenig länger leben. Da aber der Anlass für „Die-Platte-mit-Dr.-Helmut-Kohl-vorne-drauf“ (eine schöne Reminiszenz an einen schrecklichen Politiker, der die Musik der Band mitbestimmt hat) der 18. Geburtstag der Combo ist, kann man hoffen, dass der Welt noch viele Zitrusplatten bevorstehen, besonders wenn man bedenkt, dass es Bands wie die Rolling Stones auch immer noch gibt. Somit ist diese „kritische Werkausgabe“ auch mehr eine private Rückschau für Fans und alle die es werden sollten, als ein Abschlussbericht. Daher soll auch hier nicht die Zusammenstellung der Songs auf Aussage gegen Aussage unter die Lupe genommen werden, sondern vielmehr eine eigene Rückschau gehalten werden.

Viele glauben ja, die Zitronen seien nicht erst 2002 sondern bereits Anfang der 1990er Jahre erwachsen geworden. Denn die damals erschienen Platten *Fuck You!* (1990) und *Punkrock* (1991) seien die Einleitung der „Schluss-mit-lustig“-Phase gewesen, die dann 1996 mit *Economy Class* den sowohl textlich als auch musikalischen Höhepunkt fand (um diesen noch zu toppen, müssten sie wohl demnächst ein Schlageralbum produzieren). Doch würde solch eine Einteilung weder den älteren noch den jüngeren Platten gerecht werden.

Unpolitischer Politpunk

Denn sicherlich ist jede Platte auch als eine Reaktion auf den zu der jeweiligen Zeit herrschenden Mainstream, als eine linke Kritik am Zeitgeist zu sehen.

Erschreckend ist hierbei vornehmlich, dass auch ältere Songs, wie etwa 80 Millionen Hooligans oder *Alles was ich will* (ist nur die Regierung stürzen ...) immer noch so aktuell sind. Da sich die Verhältnisse in den letzten zehn Jahren nicht oder zumindest nicht zum Guten geändert haben, ist es auch nur konsequent,

dass auf dem letzten Vinyl-Tonträger der goldenen Zitrusfrüchte die Regierung erneut gestürzt werden sollte, allerdings um den Zusatz „Von der Schwierigkeit, die Regierung stürzen zu wollen“ erweitert.

In ihrer Anfangszeit Mitte der 80er Jahre muss man die Zitronen als Antwort auf das Ende des Punkrocks und den Beginn der kommerziellen (Selbst-)ausschlachtung der

Neuen Deutschen Welle sehen. Schwermütigkeit oder der bösen, bösen Welt, Tiefsinnigkeit und schlechte Laune waren angesagt. Oder aber es wurde finsternste Popmusik für spießige Popper, die nur Popcorn aßen und lasen produziert. Das – aber dies nur am Rande – ausgerechnet Dieter Bohlen zu 80er Jahre Revivals eingeladen wird und seine Biographie ein Bestseller geworden ist, ist nicht nur ein Treppenwitz der Musikgeschichte, sondern auch ein untrügliches Zeichen, wer in der Kulturindustrie das Sagen hatte und hat. Und all diese Musik rockt ja nun mal so gar nicht. Doch im Gegensatz zu einigen anderen Fun-Punk-Bands, die damals aus dem Boden sprossen wie heute wohl nur noch Studiengeldern, gelang es den Zitronen, nicht nur über Ficken und Saufen zu schreiben. Vielmehr grenzten sie sich einerseits zwar von einem Diskurs der political correctness ab, ohne dabei aber nur billiges Karlsquell (welches sich beim Hören allerdings durchaus als Getränk zur Musik anbot) oder ein Leben als „Sozialschmarotzer“ (eine allerdings sehr angemessene und angenehme Lebensweise, die leider viel zu sehr aus der Mode gerät) zu fordern. Nein, auch medienkritische Stimmen (*Lindenstreet*), Revolutionsromantik (*Nuestro México*), semantische Dekonstruktion und dadaistisch anmutende Spontanprosa (*Porsche, Genscher, Hallo HSV*) wurden thematisiert. Unvergessen ist auch der Skandal den seiner Zeit das Freudlied über das ersehnte Ableben eines Mitgliedes der erfolgreichsten deutschen Pop-Band (s. oben) verursachte. Vermutlich hätte die *Bild*-Zeitung ohne das Lied *Am*

Tag, als Thomas Anders starb nie Notiz von Schorsch Kamerun, Ale Sexfeind und ihren FreundInnen genommen.

Ya basta! Es reicht!
Enough is enough!

Schon immer sehr ausgeprägt – und das ist wohl das erfreulichste an dieser Band – war und ist die Stilvielfalt der *Goldenen Zitronen*. Sie haben nie einen „1, 2, 3, dieses Lied ist gegen das System Bierzelt-Prügelpunk“ gepflegt, auch wenn man zu ihrer Musik durchaus sehr gut pogen kann. Geschuldet ist dies auch wohl der Tatsache, dass sich die Bandmitglieder nie als eine eingeschworene Gemeinde gesehen haben, sondern einerseits selber immer auch andere Projekte oder Solosachen gemacht haben und auch andere MusikerInnen immer wieder an Alben der Zitronen mitgearbeitet haben. Zu nennen wären hier Musiker und Gruppen wie Rocco Schamoni, *Stereo Total*, *Chicks on Speed* und nicht zuletzt FSK. Und etwa das ist auch die mit „Dialektik der Methode“ etwas übertrieben beschriebene Arbeits- und Denkweise der Zitronen, wie es im Inlet der Werkübersicht heißt.

Als dann der Zeitgeist mit der Eingemeindung der DDR in Richtung Spaß, Saufen und endlich mal wieder Lachen nach rechts abdriftete, war die weitere Entwicklung der Limonen nur konsequent. Es wurde Abschied genommen von der wohl etwas jugendlich naiven Zeit und ernst gemacht. Die Texte wurden expliziter, die Musik wütender – rockt aber immer noch – und die Haltung politisch radikaler. Ob dies allerdings möglich ist, reflektiert nicht zuletzt das Lied *There's no business like business*. In expliziter Kritik besonders an dem rassistischen Taumel, in den die BRD damals verfiel und aus dem sie bis heute noch nicht aufgewacht ist, entstand besonders die Platte *Das bißchen Totschlag*. In Zeiten, in denen Politischsein nicht gerade zu den ausgeprägtesten Eigenschaften von Musik gehört, ist die Entwicklung der „neuen“ Zitronen gar nicht so neu, sondern eine konsequente Weiterentwicklung der eigenen Geschichte. Diese Entwicklung hat zwar zu vielen Diskussionen innerhalb der Fangemeinde, bis zu wütenden Austrittserklärungen aus selbiger, geführt, aber das dürfte die Gruppe nicht interessiert haben. Sie sind weder besser noch schlechter geworden, sondern einfach das geblieben, was sie vermutlich schon immer waren, ein wenig anders in einer Welt voller „Widersprüche, Widersprüche“, in der man vielleicht nur überleben kann weil wir „St. Pauli Boys“ oder „Weil wir einverstanden sind“.

Mittwoch, 22. Januar

INPUT – Antifa Themenabend

Was ist neu an der „Neuen Rechten“? Ein Teil der extremen Rechten nimmt für sich in Abgrenzung zu NS-Nostalgikern in Anspruch, modernisiert und erneuert, quasi neu zu sein. Was aber ist tatsächlich neu an der „Neuen Rechten“ und worauf bezieht sie sich?
ab 19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstraße 108, Düsseldorf

Friedensplenum

US-Angriffsplan und Widerstand
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Donnerstag, 23. Januar

Medienwissenschaft-Party

Fachschafts-Party für alle Theater-, Film-, Medienwissenschaft- und Publizistik-Studis
ab 21 Uhr, HGB

Freitag, 24. Januar

Die Folgen der Globalisierung in Lateinamerika, insb. in Argentinien

Vortrag von Osvaldo Bayer
20.00 Uhr, Bhf. Langendreer

Wuppertaler Sozialforum

Parallelveranstaltung zum „WSF Porto Alegre“
mehr Infos unter: <http://www.w-forum.org>
18.00 Uhr, Autonomes Zentrum und Alte Feuerwache, Wuppertal-Elberfeld, bis 26. Januar

Samstag, 25. Januar

Demo: „Nie wieder Faschismus“

Gedenkdemonstration zum 58. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz
11.00 Uhr, Lengerich (das liegt im Münsterland)
mehr Infos unter <http://www.oam.de/vu>

Montag, 27. Januar

Kritische Betrachtung der Systemtheorie von Niklas Luhmann

Kritische Gesellschaftstheorie, sei es die „Kritik der politischen Ökonomie“, die „Frankfurter Schule“ oder der Poststrukturalismus, findet im Lehrplan der Fakultät für Sozialwissenschaft zu wenig Beachtung. Der Fachschaftsrat Sowi hat sich daher entschlossen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen! Für die nächsten Monate planen wir Veranstaltungen in unregelmäßigen Abständen, in denen herrschaftskritische Wissenschaften ein Forum finden sollen, die ansonsten vom akademischen Wissenschaftsbetrieb weitestgehend ausgeblendet werden.

Neben Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“ zählt Niklas Luhmanns Systemtheorie derzeit zu den erfolgreichsten sozialwissenschaftlichen Theorieproduktionen. Dabei hat sich die neuere Systemtheorie von Luhmann, die sowohl den Strukturfunktionalismus von Talcott Parsons als auch das Autopoiesis-Konzept der Biologen Maturana und Varela in modifizierter Form in sich aufnimmt, nicht nur in der allgemeinen soziologischen Theorie etabliert. Begriffe wie System/Umwelt, Inklusion/Exklusion, Autopoiesis, Funktionale Differenzierung, Kommunikation u.v.m. haben auch Eingang in die empirische Sozialforschung, mitunter in die Artikel des Feuilleton gefunden. Alex Demirovic wird versuchen, die Wirkungsgeschichte Luhmanns zu rekonstruieren. Waren es wirklich die konservativen Implikationen, die seine Theorie so attraktiv machten? Oder hat die Systemtheorie mit ihrem Anspruch, Gesellschaft als Ganzes zu begreifen, vielmehr das Erbe des Marxismus angetreten? Neben diesen rezeptionsgeschichtlichen Fragen wird Alex Demirovic zentrale Bereiche des Luhmann'schen Theoriekorpus im Lichte einer auf Emanzipation zielenden Gesellschaftstheorie untersuchen.
20.00 Uhr, Ruhr-Uni, Raum GC 04/611

Dienstag, 28. Januar

Krieg ist Frieden

Über Bagdad, Srebrenica, Kabul nach ... Bagdad mit: Wolf Wetzel (Autor des gleichnamigen Buches)
19.30 Uhr, Essen, Zeche Carl

Die **FachschaftsvertreterInnenkonferenz** sucht für die Koordination und Vertretung der Belange der FSVK ab März 2003

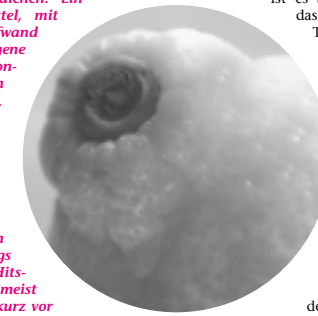
eineN SprecherIn

Die SprecherInnen vertreten die FSVK gegenüber Dritten (ASTA, Gremien der Universität, etc.) und koordinieren die FSVK (Vor-/Nachbereitung der Sitzungen, Planung und Durchführung von Aktionen, etc.). Die SprecherInnen unterliegen dem Imperativen Mandat der FSVK. Die genaue Aufgabenbeschreibung ergibt sich aus dem Stellenprofil (einschbar im FSVK-Büro).

Die Stelle ist finanziert durch die Studierendenschaft der RUB. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt derzeit 360 Euro pro Monat.

Die Bewerbungen können bis Montag, den 03.02.2003 um 16h im ASTA-Sekretariat Raum SH 005 eingereicht werden.

Für weitere Fragen stehen die amtierenden Sprecher zur Verfügung. Sie sind im Raum Studierendenhäus SH 004, unter Tel. 0234/32-23991 oder über eMail: fsvk-sprecher@ruhr-uni-bochum.de zu erreichen.





Im Folgenden dokumentieren wir einen Leserbrief, der uns zum Artikel „Mein Skapell gehört mir“ (bsz Nr. 584 vom 15. Januar 2003, Seite 1) erreichte.

Liebe bsz-Redaktion,

interessant, dass „Probleme“ der Gesundheitspolitik es mittlerweile auf die Titelseite einer fächerübergreifenden Uni-Zeitung schaffen.

Und leider der Sache nicht immer zuträglich, wie sich in diesem Fall zeigt.

Der Artikel zielt darauf ab, Gemeinsamkeiten in der Privatisierung von Bildung und Gesundheit zu finden und gegenseitige Argumentationshilfen zu suchen. Aber genau dem wird die Sache nicht gerecht. Anders als in der Bildungspolitik, in der jede Privatisierung auf das Kritischste zu prüfen und im Allgemeinen eher abzulehnen ist, gilt das für den Gesundheitssektor nicht oder nicht immer.

Zum Argument, die Betten, Abteilungen oder Angebote, die nicht rentabel seien, würden bei privaten Anbietern oder Krankenhasträgern abgebaut: Das ist falsch oder zumindest nicht völlig richtig. An dieser Stelle muss man berücksichtigen, dass in Deutschland ein Abrechnungssystem eingeführt wird, das eine fairere und leistungsbezogene Vergütung garantiert (DRG-System). Das bedeutet, dass es in diesem Sinne unrentable Leistungen nicht mehr gibt. Abgesehen davon, dass eine gewisse Routine, z.B. bei bestimmten Operationen, dazu führt, rentabel zu arbeiten. Das wiederum ist ein unbedingtes Qualitätsmerkmal für Patienten: Wer sich auf bestimmte Eingriffe besser versteht als die Nachbarklinik (die dafür andere Sachen besser operiert), macht auch weniger Fehler und Patienten werden besser behandelt. Darüber hinaus sind Abteilungsstrukturen und Bettenpläne in Landeshöhe geregelt und nicht beliebig von den Häusern zu beeinflussen. Und auch vergessen wird in der sehr dürtigen Argumentation des Artikels, dass gerade Zusammenschlüsse von Krankenhäusern, seien sie kommunal, in öffentlicher Trägerschaft oder privat, finanziell viel stabiler sind als einzelne Häuser. Daher ist zu befürchten, dass gerade die kommunalen Träger drastischer Streichen werden als die nicht-kommunalen.

Zum Argument, die Ausbildung der Studierenden würden leiden: Auch das ist falsch. Ob ein Haus als Ausbildungsstätte in Frage kommt oder nicht, hängt nicht von der Trägerschaft ab. Auch hier ist, wie oben, zu bedenken, dass finanziell abgesicherte Häuser auch im Lehrbetrieb auf lange Sicht die Nase vorn haben könnten. Eine „Infiltration“ der Lehre durch private Trägerschaft wäre dabei illusorisch und existiert als Gefahr, anders als in der Bildungs- und Hochschulpolitik, nicht.

Dass die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung das Ziel der Gesundheitspolitik und Krankenhausplanung bleibt, steht damit nicht im Zusammenhang, weil es sich dabei, wie gesagt, unabhängig von der Trägerschaft um eine Landeszuständigkeit handelt.

Ich würde mir wünschen, dass in einem Artikel über ein tatsächlich schwieriges Thema etwas mehr fundierte Recherche zum Ausdruck kommen würde an Stelle der unleidigen Einfärbung, die von Kritikern gerne als „linke Paranoia“ bezeichnet wird. Eine Änderung in einem tatsächlich heute schon sehr mangelhaften System ist prinzipiell die Chance zur Besserung. Sie muss entsprechend geprüft und eventuell abgewogen werden. Artikel wie der Eurige tragen zu keinem dieser Punkte bei.

Hendrik Rüddel, Fachschafsrat Medizin

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Rezension „Die unbequeme Vergangenheit“ Spaß statt Schuld

Im Oktober 1998 hielt Martin Walser seine Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, in welchem er in Bezug auf den Umgang mit dem NS in der Pose des mutigen Einzelkämpfers über eine „Routine des Beschuldigens“, einen „grausamen Erinnerungsdienst“, die „Dauerrepräsentation unserer Schande“ und die „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ klagte. Aufmerksame Beobachter registrierten in der Folge einen Wandel im öffentlichen Gespräch.

Klaus Ahlheim, Professor an der Uni Essen, wollte daraufhin mit MitarbeiterInnen untersuchen, wie groß „die Zustimmung der Intellektuellen zur inzwischen wohlfeilen Schlussstrich-Forderung“ ist und „mit welchen politischen Orientierungen, persönlichen Einstellungen, mit welchen schulischen und familialen Erfahrungen“ die „Schlussstrich-Mentalität“ verbunden ist. Im Wintersemester 2000/01 bekamen sie von knapp 2.200 Studierenden aus den Fächern Pädagogik (& Umfeld), Kommunikationswissenschaften, Medizin, Bauingenieurwesen und Wirtschaftswissenschaften einen relativ umfangreichen Fragebogen beantwortet, dessen Fragen geeignet sein sollten, den Habitus der Gruppe herauszufinden, „die in Zukunft großen Einfluß auf das öffentliche Meinungsklima ausüben wird.“ Das Ergebnis an sich ist bereits ermüthend: Die StudentInnen sind erschreckend schlecht über den NS informiert, und die Gruppe der Schlussstrich-BefürworterInnen umfasst fast zwei Drittel der Befragten. Klassischer Antisemitismus spielt bei den Studis so gut wie keine Rolle; dafür gibt es einen wesentlich höheren Prozentsatz, der dem „sekundären Antisemitismus“, dem Judenthans nach und wegen Auschwitz, zugeneigt ist.

Das Interessante an der Untersuchung aber sind nicht allein die ausgezählten Ergebnisse zu den einzelnen Frageblöcken zu Schlussstrich-Mentalität, deutsche Vergangenheit und Antisemitismus, Wissen und Aufklärung über den Holocaust, persönliche Lebenseinstellung und gesellschaftliches Engage-

ment sowie Bewertung der eigenen Erziehung und von Erziehung allgemein, sondern die Korrelationen zwischen ihnen. Ganz grob kann gesagt werden, dass Schlussstrich-Befürwortung, Ablehnung des Mahnmals für die ermordeten JüdInnen in Berlin sowie der Entschädigungszahlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen, sekundärer Antisemitismus, Furcht vor „Überfremdung“ durch AusländerInnen, der Wunsch nach der Selbstverständlichkeit eines stärkeren Nationalbewusstseins und nach einer wirtschaftlich wie militärisch bedeutenderen Rolle Deutschlands in der Welt, eine „hedonistisch-materialistische Orientierung“, gesellschaftspolitisches Desinteresse und „Genuss“ einer autoritären Erziehung und eine autoritäre Disposition untereinander hohe Korrelationen aufweisen und in einer Persönlichkeitsstruktur zusammenfließen.

Die Begründungen, die Ahlheim et al. ausmachen, werden selten explizit. Will man die Stoßrichtung ihrer Kritik entwickeln, bleibt es nicht nur vage, sondern wird auch heikel. Es seien nur einige Punkte angeführt. Was bspw. treibt Ahlheim, der sich gerne auf Adorno beruft, dazu, eine Orientierung nach „Erfolg haben“, „Abwechslung, Spannung, Abenteuer haben“ und „sehr gut verdienen, viel verdienen“ als „materialistisch-hedonistisches“ zu bezeichnen? Wieso benennt er es nicht als „gut kapitalistisch“, also „anti-sozial“, „karrieristisch“ und „rücksichtslos“, sondern stattdessen mit einem von den Kulturkonservativen entlehnten Begriff, mit dem jene „Oberflächlichkeit“ und „geistigen Verfall“ beklagen, wenn die Menschen so wie das gesellschaftliche System werden, das sie propagieren, anstatt „Höheres“ anzustreben? „Auf nichts Angenehmes im Leben verzichten“ gehört ins Programm eines kritischen Kommunismus. Dass „zart einzig das Größte“ (Adorno) wäre, dass es mit dem Hedonismus im Kapitalismus nicht weit her ist, schon gar nicht in der Freizeitindustrie, an die Ahlheim et al. denken mögen, wenn sie die Essener als Angehörigen der „fun generation“ bezeichnen. Das hätten sie bei Adorno, Marcuse und Kracauer nachlesen können. Da könne „es dann bisweilen eher hinderlich sein, wenn man den Dingen allzusehr ‚auf den Grund geht‘.“ Man kann dies tun, man kann wunderbar gebildet und ein Faschist sein. Auf „Tiefe des Denkens“ haben die Intellektuellen schließlich ein Abo, das man ihnen gar nicht streitig machen sollte. Die Studie suggeriert einen Zusammenhang von korrektem Faktenwissen

und moralisch angemessenem Umgang mit dem NS – die Verdrängungsleistungen deutscher Historiker sind offenkundig unbekannt. Da die meisten wenig über den NS wissen, seien die Klagen über eine angebliche Dauerberieselung mit diesem Thema im Schulunterricht unberechtigt – als wäre eine ausführliche Behandlung und ein lückenhaftes Wissen ein Widerspruch. Wenn verwundert festgestellt wird, dass viele „trotz“ Schlussstrich-Mentalität Guido Knopps Serie *Holocaust* gesehen haben, dann wird übersehen, dass man auch über Thematisierung verdecken und verdrängen kann. Was in *Holocaust* gezeigt wurde und wie, bleibt außen vor und es wird kein naheliegender negativer Rückschluss auf die Serie gezogen, wenn sie solche Zuschauer anzieht.

„Nahezu einhellig“ werde die „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ unterstützt – dabei bemerken die Verfasser selbst, dass das, was heute noch als rechts gilt, früher kryptofaschistisch gewesen sein muss, so weit ist die Mitte nach Rechts gewandert. Kennzeichen eines Verfalls gesellschaftspolitischen Bewusstseins und linker Positionen bei den Studierenden sei der weniger häufig geäußerte Wunsch, „zur Veränderung der Gesellschaft beizutragen“, sowie der „gravierende[...] Rückgang ökologischer Positionen“ – aber will zum einen nicht auch der/die Rechtsextreme (zumindest seinem Grundverständnis nach) die Gesellschaft verändern, und zwar radikal? Und sind zum anderen nicht „ökologische Positionen“ oft zutiefst autoritär und kompatibel mit faschistischen Gesellschaftsentwürfen?

Die Ergebnisse werden so naiv, wie die Fragen formuliert waren. „Die wahre Kritik kritisiert nicht die Antworten, sondern die Fragen“ (Marx). Wer statistisch bestätigt haben will, was er/sie von seinen/ihreren KommilitonInnen immer schon befürchtete, findet in dieser dankenswerten Studie Material; ihrem Subtext sollte man hingegen nicht weit folgen: Sie ist nicht kritisch genug.

fake

Klaus Ahlheim & Bardo Heger. *Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag 2002, ca. 150 Seiten. EUR 15,00.

– Mensa-Plan für die Woche vom 22. bis 28. Januar –				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 22.1.				
(S) Nürnberger Rostbratunerst mit einer Zwiebelsauce, Püree (4,6), Bohnensalat	Seelochsfilet im Knuspermantel mit Sauce Bernaise, Petersilien-Hartoffeln u. Karotten	Riesen-Rösti mit Broccoli und Käse überbacken, dazu eine Tomatensauce und Salat	Putenbraten mit Geflügelrahmsauce, Mischgemüse und Dampf-Hartoffeln (Beil. aus kbAf)	Burgerländer Herrengulasch mit Semmelknödel und Rosenkohlgemüse
DONNERSTAG, 23.1.				
Hühnerfrikassee in einer hellen Rahmsauce, dazu Reis und ein Erbsengemüse	Putenbrust im ganzen gebraten, Rahmsauce, Bratkartoffeln und ein Salat	Broccoli-Nußbecke mit einer Karottensauce, Vollkorn-Tomaten-Reis und ein Broccoligemüse	Gebrotenes Hähnchenkeule mit einer Geflügelsauce, dazu Petersilienkartoffeln und Mischgemüse	Rinderbraten Esterhazy Art mit einer Gemüsesauce, dazu Petersilienkartoffeln und Broccoligemüse
FREITAG, 24.1.				
Seelochsfilet mit italienischer Auflage, Tomatensauce, Tagliatelle und Tomaten und Zucchini	Hähnchenbrustfilet Hawaii im Knuspermantel mit einer Currysauce, dazu Curryreis und Apfelsmus	Soja-Bits mit einer Pustzasauce, dazu Vollkornspaghetti und ein Salat	Gebrotenes Lachssteak, Holländische Sauce mit grünen Pfefferkörnern, Reis-Risotto und Salat	Spinat-Auflauf mit Käsesauce, dazu eine jahreszeitliche Salatbeilage (Beil. kbAf)
MONTAG, 27.1.				
(S) Schweineschnitzel, paniert mit brauner Champignonrahmsauce, Pommes frites und Salat	Putengeschnetzeltes in Curry-Rosinensauce, dazu Kokosreis und ein Broccoligemüse	Pizza „Magherita“, dazu ein Eisbergsalat mit French-Dressing	(S) Fleischbällchen mit scharfer Paprikasauce, dazu Dampf-Hartoffeln und Bohnengemüse	Kleine gebackene Frühlingsrollen mit Gemüse-Hetchupsauce, Butterreis und Salat (kbAf)
DIENSTAG, 28.1.				
Schweinegeschnetzeltes in Champignon-Sohnesauce, dazu Reis und Möhrschreiben	Puten „Cordon bleu“ mit einer Käsesauce, dazu bunte Nudeln und ein Salat	Kartoffel-Gemüse-Auflauf mit einer Käsesauce, dazu ein Salat	Geflügelsteak mit Tomatensauce, dazu Reis-Risotto und eine Salat-Beilage	Rinderbraten mit Gemüsesauce, Butternudeln und Kohlrabigemüse (kbAf)